

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (18. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/4047 –**

Entlastungspaket und Notfallfonds einrichten, um Schaden vom deutschen Wissenschaftssystem abzuwenden

A. Problem

Die Antragstellerin stellt fest, dass die Wissenschaftseinrichtungen durch explodierende Preise bei den Energiekosten in ihrer Existenz bedroht seien. Ein Schaden drohe insbesondere für die Kühlung unwiederbringlicher Biodatenbanken, für Großforschungsanlagen, für Hoch- sowie Höchstleistungsrechner und IT-Infrastrukturen mit hohem Strombedarf, für Tierhäuser der Forschungsinstitute und für die Lehre sowie für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Die Schäden eines Winters können schwerwiegende Folgen über Jahre und Jahrzehnte hinweg verursachen und könnten unmittelbare negative Auswirkungen auf die Leistungsfähigkeit des Forschungs- und Innovationsstandortes Deutschland haben. Zudem sei die Bekämpfung der Energiekrise durch die Bundesregierung kurzatmig und ohne eine mittel- sowie langfristige Gesamtstrategie.

B. Lösung

Die Bundesregierung müsse in der Krisenzeit entschieden, konzertiert und evidenzbasiert vorgehen. Gemeinsam mit allen Akteuren des Wissenschaftssystems müsse eine Bedarfsanalyse zur Sicherung der Wissenschaftsinfrastruktur vorgenommen werden. Die Bundesregierung müsse eine mittel- wie langfristige Gesamtstrategie für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung entwickeln und kraftvoll in die wissenschaftliche und wirtschaftliche Zukunft des Landes investieren. Die Energieversorgung von wissenschaftlichen Einrichtungen sei zu garantieren. Die Bundesnetzagentur solle angewiesen werden, eine prioritäre Energieversorgung von wissenschaftlichen Einrichtungen mit begründetem Bedarf im Notfall als geschützte Kunden sicherzustellen. Auch müsse ein Notfallfonds für die Wissenschaft eingerichtet werden.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/4047 abzulehnen.

Berlin, den 14. Dezember 2022

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Kai Gehring
Vorsitzender

Holger Mann
Berichtersteller

Stephan Albani
Berichtersteller

Laura Kraft
Berichterstellerin

Dr. Stephan Seiter
Berichtersteller

Dr. Michael Kaufmann
Berichtersteller

Dr. Petra Sitte
Berichterstellerin

Bericht der Abgeordneten Holger Mann, Stephan Albani, Laura Kraft, Dr. Stephan Seiter, Dr. Michael Kaufmann und Dr. Petra Sitte

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 20/4047** in seiner 63. Sitzung am 20. Oktober 2022 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Finanzausschuss sowie den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der CDU/CSU stellt fest, dass Deutschland eines der leistungsstärksten Wissenschaftssysteme der Welt habe. Die deutsche Wissenschafts- und Forschungslandschaft sei nicht nur der bestmögliche Ratgeber einer Bundesregierung, sie sei vielmehr in Krisenzeiten auch die treibende Kraft zur Erweiterung des politischen Handlungsspielraums. Aufgrund steigender Preise bei den Energiekosten sind die Wissenschaftseinrichtungen jedoch in ihrer Existenz bedroht. Der Schaden drohe insbesondere für die Kühlung unwiederbringlicher Biodatenbanken, für Großforschungsanlagen, für Hoch- sowie Höchstleistungsrechner und IT-Infrastrukturen mit hohem Strombedarf, für Tierhäuser der Forschungsinstitute und für die Lehre sowie für den wissenschaftlichen Nachwuchs. Die Bekämpfung der Energiekrise durch die Bundesregierung sei kurzatmig. Sie wird aufgefordert, die Leistungs- und Zukunftsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland zu sichern. Dafür müsse eine mittel- wie langfristige Gesamtstrategie für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung entwickelt werden. Die bisherige Tatenlosigkeit des Bundesministerium für Bildung und Forschung sei inakzeptabel und eine schwere Bürde für die aktuelle Krisenbekämpfung.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel,

1. die Bundesnetzagentur umgehend anzuweisen, Wissenschaftseinrichtungen entsprechend den jeweiligen Bedarfen im Notfall als geschützte Kunden prioritär mit Energie zu versorgen und auf diese Weise die Arbeits- und Handlungsfähigkeit des Wissenschaftssystems aufrechtzuerhalten;
2. umgehend einen Energiegipfel für die Wissenschaft zum Thema „Sichere und bezahlbare Energieversorgung“ einzuberufen und gemeinsam mit allen relevanten Akteuren der deutschen Wissenschaftslandschaft eine umfassende Bedarfsanalyse zur Sicherung der Wissenschaftsinfrastruktur infolge steigender Energie- und weiterer Kosten vorzunehmen;
3. auf Grundlage dessen mit den Ländern ein Entlastungspaket Wissenschaft vorzulegen, um drohenden Schaden von unseren Wissenschaftsinstitutionen abzuwehren;
4. zusätzlich einen Notfallfonds für die Wissenschaft einzurichten, in dessen Rahmen zielgerichtete Hilfen für die Wissenschaft geschaffen und kurzfristig zur Verfügung gestellt werden. Die besonderen Belange der Förderung von wissenschaftlichen Nachwuchsgruppen sowie Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sind zu berücksichtigen;
5. die Wissenschaftsorganisationen, Universitätsklinika und Studentenwerke im Zuge der Implementierung eines Energiepreiskegels zu berücksichtigen und spürbar zu entlasten;
6. die Stromsteuer auf das europäisch zulässige Mindestmaß abzusenken und damit u. a. die deutsche Wissenschafts- und Forschungslandschaft spürbar zu entlasten;
7. gemeinsam mit den Ländern sicherzustellen, dass nach zwei Pandemie Jahren keine Vorlesungen und Seminare für Studierende aufgrund von Energie- und Heizkosten ausfallen;
8. gemeinsam mit den Ländern sicherzustellen, dass die Zahl der Promotionsvorhaben nicht aus Kostengründen reduziert wird.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat die Vorlage auf Drucksache 20/4047 in seiner 39. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD deren Ablehnung.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat die Vorlage auf Drucksache 20/4047 in seiner 46. Sitzung am 14. Dezember 2022 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD deren Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Anhörung

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat in seiner 28. Sitzung am 30. November 2022 eine öffentliche Anhörung zu dem Antrag auf Drucksache 20/4047 durchgeführt. An dieser Anhörung haben folgende Sachverständige teilgenommen:

Dr. Enno Aufderheide
Generalsekretär der Alexander von Humboldt-Stiftung

Prof. Dr. Katja Becker
Präsidentin der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Franziska Broer
Geschäftsführerin der Helmholtz-Gemeinschaft

Prof. Oliver Günther, Ph.D.
Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz

Thomas May
Generalsekretär des Wissenschaftsrates

Prof. Dr. Axel Müller-Groeling
Vorstand der Forschungsinfrastrukturen und Digitalisierung, Fraunhofer-Gesellschaft

Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Abteilungsleiter Klimapolitik, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.

Prof. Dr.-Ing. Jan Wörner
Präsident der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften

2. Ausschussberatung

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung hat den Antrag auf Drucksache 20/4047 in seiner 27. Sitzung am 9. November 2022 erstmalig beraten und die Durchführung einer öffentlichen Anhörung beschlossen. Nach Durchführung der Anhörung am 30. November 2022 hat der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung die Beratung des Antrags auf Drucksache 20/4047 in seiner 31. Sitzung am 14. Dezember 2022 abgeschlossen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** empfiehlt die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/4047 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

Die **CDU/CSU-Fraktion** stellt fest, dass die explodierenden Energiekosten eine große Herausforderung für die Bevölkerung, die Wirtschaft und für die Gesellschaft insgesamt darstellen. Auch die Wissenschaft leide unter dieser Entwicklung, zumal energieintensive Forschungseinrichtungen, die zum Beispiel ein Teilchenbeschleuniger oder eine Cyro-Bank betreiben, sehr energieintensiv sind. Dem vorliegenden Antrag liegt die Motivation zu Grunde, für diese Einrichtungen Notfallrahmenbedingungen zu schaffen. Man könne mit Geld vieles wieder herstellen. Wenn jedoch zum Beispiel unwiederbringliche DNA auftaut, zum Beispiel von längst ausgestorbenen Tieren oder Pflanzen, die wiederum Grundlagen von völlig neuen Arzneimitteln sein könnten, sei dies ein unwiederbringlicher Schaden, der vermieden werden müsse. Hierzu müsse man die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen. Man sei froh, dass die Regierung an dieser Stelle gehandelt habe, was eine Folge des vorliegenden Antrages sei. Leider seien die Bemühungen der Bundesregierung nicht ausreichend, was auch die Anhörung gezeigt habe. So stünden Einrichtungen wie zum Beispiel die Universitäten noch ohne entsprechenden Schutz da. Deshalb sei der Antrag notwendig und man bitte um Zustimmung.

Die **SPD-Fraktion** stellt fest, dass die Mehrzahl der in dem Antrag erhobene Forderungen bereits Gegenstand exekutiven Handelns der Bundesregierung oder Gegenstand von Gesetzentwürfen seien. Die Bundesregierung habe mit ihren Maßnahmen adäquat kraftvoll agiert. Die mobilisierten 300 Milliarden zeigten, dass die Koalition weder die Menschen noch die Wirtschaft oder die Institutionen allein lasse. Dies gelte auch für den Wissenschafts- und Forschungsbereich. Diese Bereiche werden von den Preisbremsen bei Strom und Gas profitieren, die auch rückwirkend in Kraft treten werden. Es werde also keine Lücke zwischen den Soforthilfen und den Preisbremsen entstehen. Aber auch für den Wissenschaftsbereich gelte die Differenzierung nach Verbrauch, das heißt große Verbraucher besonders in den energieintensiven Abnahmestellen werden auch von den gedeckelten Industriepreisen profitieren können. Der Härtefallfonds des Bundes werde die institutionell geförderten außeruniversitären Forschungseinrichtungen genauso erfassen, wie besonders energieintensive Forschungseinrichtungen, Großrechner oder Forschungsschiffe. Die Bundesnetzagentur werde die Forschungseinrichtungen zu Gänze als geschützte Kunden behandeln. Damit seien die maßgeblichen Forderungen des Antrags erfüllt.

Die Anhörung habe klar gemacht, dass die Wissenschaftseinrichtungen zwar vor Herausforderungen stünden, diese aber nicht existentiell seien. Die Berechnung des DIW in der Anhörung hätte sogar gezeigt, dass nicht zuletzt bei Einhaltung der Energieeinsparziele die Hochschulen in der Lage seien, die Kostensteigerungen auf etwa 1 bis 2 Prozent ihres Budgets zu begrenzen. Viele Bundesländer, namentlich seien dies zum Beispiel Brandenburg, Sachsen und Baden-Württemberg, hätten bereits deutlich gemacht, dass sie zu ihrer verfassungsrechtlich verankerten Verantwortung stünden und 90 Prozent oder mehr der Energiepreissteigerung übernehmen werden. Die SPD-Fraktion erwarte auch angesichts der Aufwendungen des Bundes, dass auch andere Bundesländer wie zum Beispiel die leistungsstarken Länder Bayern und Nordrhein-Westfalen, ähnlich handeln werden.

Die **AfD-Fraktion** bezieht sich auf die Anhörung zu dem Antrag und stellt fest, dass die Forschungseinrichtungen trotz des von der SPD-Fraktion geschilderten Handelns der Bundesregierung immer noch Lücken und Gefahren sähen. Dies gelte zum Beispiel dann, wenn Hochschulen Träger von Forschungsgrößgeräten seien, die nicht in dem Berechtigungskreis des Härtefallfonds einbezogen seien. Solche Lücken müssten geschlossen werden, sodass einige Elemente des Antrags der CDU/CSU-Fraktion richtig seien.

Darüber hinaus stellt die AfD-Fraktion fest, dass gegenwärtig zwar die Energiekosten vielleicht das dringendste Problem seien, man aber auch anderen Problemen begegnen müsse. So nenne zum Beispiel die Helmholtz-Gemeinschaft den Aufwuchs bei den Personalkosten als wichtigstes Problem. Für diesen Aufwuchs, der seinen Grund auch in der gegenwärtig hohen Inflation habe, gäbe es keine Entlastung. Wenn diese Personalkostensteigerung nicht aufgefangen werde, könne es zu dauerhaften Nichtbesetzungen von Stellen kommen, die dann der Forschung nicht mehr zur Verfügung stünden. Letztlich müsse bedacht werden, dass das Problem der Hochschulfinanzierung nicht so dringend wäre, wenn in der Vergangenheit ausreichend in die Sanierung von Gebäuden investiert worden wäre. Dies sei nicht passiert. In der Anhörung sei deutlich geworden, dass ein Renovierungsstau von zirka 60 Milliarden Euro bestünde.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** ist der Auffassung, dass es wichtig und richtig sei, das Wissenschafts- und Forschungssystem zu schützen. Deswegen sei es ein wichtiger Schritt gewesen, die Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen bei der Bundesnetzagentur als geschützte Kunden einzustufen. Sämtliche Maßnahmen und Entlastungen, die bisher im Bundestag beschlossen wurden, helfen natürlich auch den Hochschulen. Als Beispiel seien die Soforthilfen bei Gas- und Fernwärme und auch der Härtefallfonds zu nennen. Die Hochschulen

hätten gleich zu Beginn der Krise für sich individuelle Maßnahmen ergriffen, um Energie einzusparen. Das wichtigste sei dabei, dass trotzdem die Präsenz der Studierenden gesichert sei, damit diese nicht wieder wie schon in der Pandemie auf das Home Office und die Onlinelehre angewiesen seien. Man bekomme von den Hochschulen Signale, dass diese versuchen, dies zu ermöglichen.

Es sei richtig, dass es im Bereich der Gebäudesanierung der Hochschulen Probleme gebe. In diesem Punkt sei viel aufzuholen. Aber die Debatte, wie die antragsstellende CDU/CSU-Fraktion sie führe, sei eine reine Ablenkungsdebatte. Dort werde behauptet, dass man auf die Idee käme, bei Einrichtungen, wo es zum Beispiel um Tierversuche gehe, die Heizung abzdrehen damit die Tiere nicht überleben könnten. Oder es werde von der Abschaltung von Cyro-Banken gesprochen. Eine solche Gefahr heraufzubeschwören sei eine völlig absurde Debatte. Man bitte hier um mehr Sachlichkeit. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sähen die Dringlichkeit, Forschungseinrichtungen zu schützen. Dafür würde sie sich engagieren, nicht jedoch für völlig sachfremde Debatten.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führt einleitend aus, dass es sich ihrer Meinung nach hierbei nicht um eine Phantomdebatte handle, die unsachlich geführt werde. Man habe befürchtet, dass sich der Antrag der Union zu sehr auf naturwissenschaftliche Belange fokussiere, sei jedoch positiv überrascht, dass dem nicht so sei. Vielmehr werden auch Überschneidungen mit anderen Fachdisziplinen in Rechnung gestellt, wie zum Beispiel Bioinformatik, Archäologie oder Geisteswissenschaften, teils mit sensiblen Exponaten beziehungsweise Sammlungen. Dies halte man auch für richtig und wichtig. Notwendig wäre es auch, dies auf die Belange der Forschungsmuseen zu erweitern. Zudem sei es wichtig, während des gesamten Prozesses nicht nur mit den Ländern, sondern insbesondere mit den Einrichtungen, Rücksprache zu halten, damit man entlastende Maßnahmen beschließen könne.

Man erinnere an dieser Stelle noch einmal an die Belange der Universitätsklinik, nicht nur weil es Forschungseinrichtungen seien die eine Maximalversorgung leisten, sondern weil es sich um Lehrkrankenhäuser handle. In dem Entlastungspaket habe man ausdrücklich die Sicherung der Präsenzlehre unterstützt. Viele Institutionen müssten einen Notfallplan, ein worst-case Szenario erarbeiten. Man könne nicht einfach abwarten, welche Einrichtungen vielleicht geschlossen oder nicht geschlossen werden, sondern müsse die Prioritäten kennen. Mit den Ländern, als auch mit den Einrichtungen selbst, müsse man konsentieren, wie der Weiter- und Alternativbetrieb gesichert werden könne. Im Antrag fehle zwar die europäische Ebene, mithin CERN und ESA, die Fraktion DIE LINKE. werde dem Antrag aber dennoch zustimmen.

Die **FDP-Fraktion** stellt fest, dass viele der im Antrag geforderten Maßnahmen von der Bundesregierung bereits durch die Gaspreisbremse, die Strompreisbremse und verschiedene Härtefallregelungen umgesetzt worden seien. Man sei als Koalition auf einen sehr guten Weg. Und man sehe bei der Bewältigung der Energiekrise deutlich, wie einerseits die betroffenen Institutionen im Wissenschaftssystem von sich selbst aus Energie eingespart hätten und auf der anderen Seite der Bund sein Beitrag durch verschiedene Maßnahmen leiste. Auch hätten die ersten Bundesländer schon klar signalisiert, dass sie Forschung und die Hochschulen unterstützen würden.

In der Anhörung sei auch deutlich geworden, dass die Hochschulen strukturelle Probleme in ihrer Bausubstanz hätten, die nicht kurzfristig gelöst werden könnten. Dieses seien Folgen einer langfristigen Entwicklung, der man auch im Hinblick auf die Energieeinsparung in Zukunft begegnen müsse.

Die **Bundesregierung** betont, die Energiekrise sei eine große Herausforderung für Wissenschaft und Forschung. Sämtliche die Bundesregierung betreffenden Maßnahmenforderungen des Antrages seien bereits umgesetzt oder für die Umsetzung auf den Weg gebracht. Die einzige Ausnahme hierbei sei der geforderte Energiegipfel für die Wissenschaft, da die Bundesregierung der Meinung sei, nicht weitere Zeit mit einer Veranstaltungsplanung verbringen zu wollen, sondern es notwendig sei, Lösungen auf den Weg zu bringen. Die von der Bundesregierung vorgenommenen Maßnahmen seien grundsätzlich nicht nur auf die Unterstützung der Koalitionsfraktionen, sondern auch der Opposition gestoßen. Es sei mit Unterstützung und großem Einsatz der Ministerin gelungen, die Forderungen, die im politischen Raum standen, tatsächlich umzusetzen. Wie zum Beispiel die Preisbremsen, die Soforthilfen sowie die Härtefallfonds für die vom Bund und den Ländern gemeinsam finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Aber auch der Betrieb von Höchstleistungs- und Hochleistungsrechnern werde unterstützt. In der Summe wären dies 2 Milliarden Euro, die die Bundesregierung an dieser Stelle investiere. Dies sei zusammen mit der Absprache der Bundesministerin mit der Bundesnetzagentur über die Behandlung der wissenschaftlichen Einrichtungen ein gutes Signal, um einerseits die Präsenzlehre aber auch die Forschung im Winter zu sichern.

Berlin, den 14. Dezember 2022

Holger Mann
Berichterstatter

Stephan Albani
Berichterstatter

Laura Kraft
Berichterstatterin

Dr. Stephan Seiter
Berichterstatter

Dr. Michael Kaufmann
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin